

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pfennig.

Die Ameise.

Redaktion u. Expedition:
Charlottenburg,
Englische Straße Nr. 24 II.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich.

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkevereins der Porzellan- etc. Arbeiter, des Reise-Unterstützungsverbandes Dresden und der Reise- und Unterstützungskasse Magdeburg.

Eigenthum des Gewerkevereins.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen und sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Amtlicher Theil.

Aufforderung!

Die Herren Kassirer der Ortsvereine und örtlichen Verwaltungsstellen Lengsfeld, Plaue und Stückerach werden zur Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro 1. Quartal 1891 aufgefordert.

Der Vorstand.
V. Münchow, Georg Lenz, J. Bey,
Vorsitzender. Hauptschriftführer. Hauptkassirer.

68. Vorstandssitzung der Kranken- und Begräbniskasse (e. V.) vom 15. Mai 1891.

Tagesordnung: 1) Zuschriften. 2) Kassenbericht pro April. Die Eröffnung der Sitzung erfolgt um 8 1/4 Uhr Abends. Entschuldigt fehlt Herr Klose. Das Protokoll der 67. Sitzung wird genehmigt und sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. In Manebach waren, wie sich gelegentlich eines Ausschüßes herausstellte, nach Verlauf von 5 Wochen für zweites Quartal noch keine Beiträge gezahlt, was gerügt werden muß. — Die Aufenthaltsveränderung des Mitgliedes Ziegler-Althaldensleben nach Heidesbrod wird gestattet. — Gegen die vom Hauptkassirer vorgelegten Aufnahmegesuche Weisk-Neukleinungen, Grande-Sergau und Arch-Bonn wird nichts eingewendet; Ersterer muß jedoch ein neues Attest beibringen. — Eine Brille wird bewilligt an Mitglied Nr. 1502 von Neuhaus, ein Suspendorium an Mitglied Nr. 1307 von Magdeburg. — Das Mitglied Kämmler-Hüttensteinach hat, um auf Grund der vorliegenden Rezepte Kurkosten erhalten zu können, noch den erforderlichen Kurkostenschein beizubringen. — Dem Kassirer Hrn. Häusler-Buckau werden 1,50 Mk. für Versäumnis bei Revision der Kasse bewilligt. Die berechnigte Weigerung des Kassirers, mit den Kassenbüchern u. auf das Rathhaus behufs Revision zu kommen, wird gutgeheißen.

Der Punkt 2 betragen die Einnahmen der Hauptkasse im April einschl. Vortrag 3475,49 Mk., die Ausgaben 1845,68 Mk., Bestand am 1. Mai 46629,81 Mk. — Schluß 10 Uhr.

Der Vorstand.
Aug. Münchow, J. Bey, Georg Lenz,
Vorsitzer. Hauptkassirer. Hauptschriftführer.

91. Vorstandssitzung des Gewerkevereins vom 15. Mai 1891.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Unterstützungsanträge, 3) Verschiedenes.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Hrn. Münchow um 10 Uhr Abends eröffnet. Entschuldigt fehlt Hr. Klose. Nach Genehmigung der Protokolle der 89. und 90. Sitzung wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1 wird dem früheren Kassirer Daniel in Erfurt Stundung seiner Ratenzahlungen bis 1. Juli gewährt. — Das Mitglied Dreher Hil. Bachs von Rheinsberg (früher am Dabbe'schen Sträß in Neuhalldensleben betheiligte), welchen der Vorstand nach dem Sträß 25 Mk. Nothfall-Unterstützung bewilligte und auch die irrtümlich an J. gezahlten Fahrkosten in Höhe von 6 Mk. niederschlug, ist jetzt in Gersweiler in Arbeit getreten. Der Vorstand beschließt Ausschluß aus dem Gewerkeverein gemäß § 6 al. 3 des Statuts. — Auf Grund der gleichen Statutenbestimmung werden ausgeschlossen die in Gersweiler arbeitenden Mitglieder Dreher R. Brunner, C. Seidler, C. Wolf, F. Langhammer, D. Erdmann und H. Dittel. Von den in der Angelegenheit Gersweiler wirkenden Brüdern aus diesem Orte und aus Rahlitz nimmt der Vorstand Kenntnis, desgleichen von den mit Bezug darauf durch den Hauptkassirer veranfaßten Maßnahmen. — Ebenso nimmt der Vorstand Kenntnis von einem erneuten Schreiben des früheren Kassirers von Gersweiler, Hrn. Fischer, der auf seinem vermeintlichen Rechte auch ferner bestehen zu können glaubt, ohne daß dies dem Vorstande Veranlassung geben kann, von seinem Beschlusse aus voriger Sitzung Abstand zu nehmen. Als zur nächsten Sitzung wird die weitere Beschäftigung ausgesetzt. — Von einem Schreiben des H. H. Charlottenburg, betreffend die Nachnahme der Glg., welche auf welcher der Ortsverein nicht beantwortet ist, nimmt der Vorstand Kenntnis. — Die in Brandenburg neuerdings in Arbeit getretenen Mitglieder H. W. H. und H. H. werden auf Grund von § 6 al. 3 des Statuts aus dem Gewerkeverein ausgeschlossen. — Wegen Nichterfolgs der Ausschluß der vom Haupt-

kassirer gemäß dem bestehenden Vorstandesbeschlusse zur Streichung vorgelegten Mitglieder 2709 von Meissen, 761, 3637 und 4513 von Eisenberg, sowie 3736 von Manebach. — Punkt 1 ist erledigt.

Punkt 2. a) Die Mitglieder Nr. 1140 und Nr. 3210 in Altmasser hatten der Fabrikleitung gegenüber erklärt, Telegraphengeldern, bei welchen sie nur ca. 10 Mk. wöchentlichen Verdienst erzielen, für den betreffenden Arbeitspreis „nicht machen zu können“ (nachdem ihr Besuch am Aufbesserung des Preises ohne Erfolg geblieben war). Diese Erklärung wurde seitens der Fabrikleitung als Kündigung aufgefaßt, und wird für beide Mitglieder die Unterstützung nach § 39 beantragt und nach Lage der Sache auch ohne Weiteres bewilligt.

b) Umzugskosten. In Sachen Kroebe von Altmasser (siehe 89. Sitzung) ist die erforderliche Bescheinigung des Ausschusses eingegangen und werden die Umzugskosten nach Königszeit bewilligt. — Dem Mitgliede W. Krauß von Altmasser, in Waldenburg in Arbeit gewesen, werden wegen unzulänglichen Verdienstes die Umzugskosten nach Selsb gewährt; gerügt wird die eigenmächtige Arbeitsaufgabe ohne Meldung beim Ausschuss.

c) Fahrkosten sollen an das Mitglied E. Kraannich von Rudolstadt bezw. Morla nach Oberhammer jetzt gezahlt werden. — Reisekosten sind angewiesen für A. Mößler in Rheinsberg von Wittenberg 11,50 Mk. — Ferner haben Fahrkosten erhalten die Mitglieder Kumpel-Oberhondorf nach Selsb 3,40 Mk. und P. Bed-Oberhondorf nach Düsseldorf 14,40 Mk.

d) Nothfall-Unterstützung wird in Höhe von 20 Mk. an das Mitglied Nr. 10026 von Althaldensleben dem Antrage des Ausschusses gemäß bewilligt.

e) Rechtschutz. Die Klage des Mitgliedes Greiner-Neuhaus gegen den Fabrikführer Hrn. Lill dortselbst wegen Entschädigung für unrechtmäßig vor Ablauf der Kündigungsfrist erfolgte Entlassung aus der Arbeit ist in erster Instanz gewonnen worden. — Dagegen ist die aus gleichem Anlaß seitens des Mitgliedes Carl Ender-Großereichenbach gegen die Firma S. P. H. u. Söhne dortselbst angebrachte Entschädigungsklage wegen angeblich zu später Einlegung der Berufung gegen das abweisende Urtheil der Gemeindebehörde in erster Instanz zu Ungunsten des Enders entschieden worden, gegen welches gerichtliche Urtheil sich Schritte gar nicht mehr thun lassen, da die Sache viel zu spät hier eingeht. Der Hauptschriftführer wird beauftragt, bei seiner Anwesenheit in S. über die Ursachen der Verspätungen Erkundigung einzuziehen.

Zu Punkt 3 erstattet Hr. Bey Bericht über die Ausführung seiner Reise nach Althaldensleben und Buckau, von welchem Berichte der Vorstand Kenntnis nimmt. Danach hat der Reiter u. Althaldensleben nach über zweifelhafte Referate hauptsächlich Veranlassung nehmen müssen, die geradezu niedrigen Verdachtungen des bekannten Hrn. Carl Woschnig gegen den Gewerkeverein in schärfster Weise zurückzuweisen, der Herr habe J. B. auch behauptet, der Gewerkeverein (H) habe durch den Neuhalldenslebener Streik, welche Familien ins Unglück gebracht (H). — Das Buckau betrifft, so ist gegen den unter den Drehern dort hinsichtlich der Organisationsverhältnisse vorhandenen Standpunkt des Festhaltens am Bestehenden, so mangelfalt daselbst auch ist, und so wenig man Gründe dafür anzugeben in der Lage ist, nicht anzukämpfen gewesen, während die Maler auch hier den weitestgehenden Standpunkt eingenommen hätten.

Schluß der Sitzung um 11 1/4 Uhr Nachts.

Der Vorstand.

Aug. Münchow, Georg Lenz,
Vorsitzender. Hauptkassirer.

Die Preistheuerung der Lebensmittel.

Die öffentliche Aufmerksamkeit war in der letzten Woche fast ausschließlich auf einen Punkt gerichtet: auf die Frage nämlich, ob die insbesondere auf die arbeitende Bevölkerung so schwer bedrückenden Getreidepreise mit Rücksicht auf die stetige Steigerung der Brot- und Kornpreise nicht ermäßigt oder wenigstens auf längere Zeit außer Kraft gesetzt werden würden.

Die stetige Preissteigerung ist statistisch klar nachgewiesen. Die Erhebungen, welche das statistische Amt der Stadt Berlin seit einigen Jahren anstellt, haben den Zusammenhang der Korn- und Brotpreise unumwunden ergeben. Diese hatten für das Jahr 1887 einen Preis von 20,85 Mk. pro 100 kg Brot ermittelt. Dabei war das Preis-

Wienig-Roggenbrot, welches diesen Ermittlungen zu Grunde liegt, in jenem Jahre 2,42 kg. Seitdem vollzog sich ein stetiges Sinken dieses Gewichtes bis auf 1,84 kg im Jahre 1890, was einem Preis von 27,15 Mk. pro 100 kg gleichkommt. Seit dem Ende des Jahres 1890 haben sich aber die Preise noch in der Weise weiter entwickelt, daß der Preis für 100 kg Roggenbrot in Berlin Ende Dezember 1890 27,95 Mk., Ende Januar 1891 28,55 Mk., Ende Februar 1891 28,86 Mk., Anfang April 1891 28,32 Mk., Mitte April 1891 28,95 Mk., Anfang Mai 1891 30,16 Mk. und Mitte Mai 1891 30,15 Mk. betrug.

Der Monat Mai d. J., welcher in seiner ersten Hälfte ein Durchschnittsgewicht des Fünfundzwanzig-Wienig-Brottes von nur 1,66 kg (gegen 1,84 kg im Jahre 1890) aufwies, wird also voraussichtlich im Ganzen 30 Mk. pro 100 kg weit überschreiten. Da der Durchschnittspreis des Jahres 1887 sich, wie bemerkt, auf 20,65 Mk. pro 100 kg stellte, so hat demnach der Roggenbrotpreis in Berlin von 1887, d. h. seit dem Jahr der letzten Zollerhöhung, bis zum Mai d. J. eine Steigerung um über die Hälfte erfahren. Ein Theil dieser Steigerung ist durch die Erhöhung des Weltmarktpreises veranlaßt worden; ein Theil aber ist auf den hohen deutschen Roggenzoll (5 Mk. pro Doppelzentner) zurückzuführen.

Angeichts dieser Thatfachen wurde von fast allen Parteien eine längere Auserkennung der Zölle gefordert. Schrieb doch sogar die „Deutsche Arbeiterzeitung“ mit Bezug auf die in Rede stehende Frage, sie müsse „ganz entschieden an die preussische Regierung die Forderung stellen, im Bundesrath die theilweise Suspendirung der Getreidezölle beantragen zu wollen und zwar müsse dies so schnell als möglich geschehen. Es ist leider nicht zu bestreiten, sagt das Blatt, daß die Ernährungsverhältnisse weitester Kreise der Bevölkerung in bedenklicher Weise erschwert sind. Jede Hausfrau weiß, daß augenblicklich der Preis für Kartoffeln ein außerordentlich hoher ist, das Fleisch ist ebenfalls ganz gewaltig im Preise gestiegen. . . . Wir haben schon oben ausgesprochen, daß die theilweise Suspendirung der Getreidezölle nicht hinausgeschoben werden darf, sondern sofort erfolgen muß; einen Aufschub darf es hier nicht geben, und wir haben Grund zu der Annahme, daß dies auch die Absicht der Regierung ist.“

Nun, Hr. Dechelhauser hat sich getäuscht; die Regierung hat nach längeren „Erhebungen“ durch den Reichsanzler Herrn von Caprivi am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus erklären lassen, daß sie weder eine Herabsetzung noch Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrath in Anregung zu bringen beabsichtige. Herr von Caprivi begründete diese, nach den erstmaligen Verhandlungen über die Frage im preussischen Abgeordnetenhaus am Mittwoch den 27. Mai sehr auffällige und nur von der konservativen Partei mit Beifall begrüßte Haltung der Regierung insbesondere damit, daß die Staatsregierung die Ueberzeugung gewonnen habe, es könne von einem Nothstande im Lande nicht die Rede sein.

Herr von Caprivi kennt wohl kaum, was es heißt, in einer Arbeiterfamilie von 6, 7 bis 8 und mehr Köpfen unter den gegenwärtigen Preisen und bei dem gegenwärtigen Verdienste das erforderliche Quantum Brot und Kartoffeln zum Sättigen zu beschaffen, von Fleisch gar nicht zu reden.

Im Weiteren begründete der Reichsanzler die Haltung der Regierung mit der Aussicht auf eine Mittelernte in diesem Jahre (die an der Nothwendigkeit der gänzlichen Abschaffung der Zölle unseres Erachtens gar nichts ändern würde), sowie mit den nach Lage der Sache sehr unzuverlässigen „Erhebungen“ der Regierung, welche größere Vorräthe an Getreide, als erwartet, ergeben hätten.

Aber auch noch einen anderen Grund führte Hr. von Caprivi an. Er sagte, darin die Behauptungen der Herren Agrarier unterstützend, die Preisermäßigungen auf dem deutschen Markte würden nach seiner Ueberzeugung nicht der Heruntersetzung der Zölle gleichkommen; ein Theil des Zolles würde an das Ausland fallen und nur ein Theil käme den inländischen Konsumenten zu gute. Das ist die bekannte Redensart, wonach die Zölle die Preise nicht vertheuern, der Konsument, d. h. das arbeitende Volk, also an der Abschaffung der Zölle kein Interesse habe.

Das Unrichtige dieser Behauptung hat sich aber nun sofort durch die Thatfachen erwiesen. Am Mittwoch voriger Woche, vor dem Bekanntwerden der Erörterungen im Abgeordnetenhaus, betrugen nämlich die Roggenpreise pro Mai-Juni 206 Mk. pro Tonne (20 Ztr.). In Folge der rege gewordenen Erwartung einer Auserkennung der Zölle sanken die Preise am Sonnabend auf 196,75 Mk.! Nach der Erklärung des Hrn. Reichsanzlers am Montag liegen die Preise wieder für Roggen um 7 Mk. Jetzt haben die Roggenpreise mit 204,50 nahezu wiederum den höchsten Stand vor Beginn der parlamentarischen Erörterungen über die Zollsuspendirung erreicht. Die Preissteigerung ist eingetreten trotz des hochthueren Gegenwärtigen.

Alles dies beweist, daß die Zölle zweifellos einen erheblichen Einfluß ausüben auf die Preise des Getreides trotz aller Gegenreden der an den Zöllen allein interessirten Agrarier.

Um so auffälliger ist die Haltung der Regierung, die den Nothstand laugnet, und es nicht beachtet, daß der gegenwärtige Nothstand sein muß, an dem die Arbeiterfamilie, die der parlamentarische Parteienstand dies fordert, Protest anzulegen gegen die gegenwärtige Bedrückung der ärmeren Klasse des Volkes zu Gunsten einer wohlhabenden Minderheit.

Sozialpolitische Nachrichten.

** In der Verschmelzungsfrage ist die Abstimmung bekanntlich am Ende des Monats Mai geschlossen worden. Wie das Resultat beim Dresdener Verbands (wenn man ihn noch so nennen darf) ausgefallen, darüber fehlt uns noch jede Vermuthung. Nachricht werden wir hoffentlich recht bald zu veröffentlichen in der Lage sein. Im Gewerkeverein hat, nach den flüchtigen Einblicken in die Abstimmungsergebnisse zu urtheilen, die große Mehrzahl der Ortsvereine für die Verschmelzung gestimmt. Die Anzahl der Stimmen für und gegen wird, sobald möglich, bekannt gegeben werden.

** Das Protokoll der 10. Zentralrathssitzung vom 12. Mai d. J. in Nr. 21 des „Gewerkeverein“ enthält u. A. folgende Stelle:

1. Interpellation des Herrn Bey. Es verliest zunächst der Herr Vorsitzende ein zu dieser Sache von Herrn Schulz I. eingegangenes Schreiben. Nachdem sich noch Herr Winkelsdorf zu der Interpellation geäußert, tritt, auf Antrag des Herrn Mauch, Schluß der Diskussion ein. Es liegen zu der Interpellation folgende zwei Anträge vor:

1. „Bitte . . . Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung.“

2. „In Erwägung, daß Herr Bey am 21. April in der Zentralrathssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung ungefähr folgendes ausführte: „In Nr. 16 des Gewerkeverein sei vom Redakteur desselben der Fachverein der Töpfer sehr scharf kritisiert, er und seine Kollegen im Vorstand müßten diese Ausführungen als durchaus verwerflich bezeichnen. Er wünsche zu wissen, welche Stellung der Zentralrath dazu einnehme, denn ihm schiene, daß bei etwaigen Lohndifferenzen, welche im Gewerkeverein der Porzellaner unausbleiblich sein würden, der Zentralrath, wenn er auch die Unterstützung nicht verweigern würde, diese aber mit ähnlichen Motiven begleiten könnte.“ In Anbetracht eines Artikels in der Nummer vom 1. Mai 1891 der „Umke“, Organ des Gewerkevereins der Porzellanarbeiter, wonach mit Einverständnis des Generalraths, also auch des Herrn Bey, darüber eine Mitgliederabstimmung stattfindet, ob der Gewerkeverein der Porzellanarbeiter aus dem Verband der Deutschen Gewerkevereine austreten soll oder nicht und der Generalrath sogar den Austritt empfiehlt, beschließt der Zentralrath, über die Interpellation des Herrn Bey zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Antrag des Herrn Mauch wird angenommen, und ist somit der Antrag des Herrn Siggelkow erledigt.

Dieser Passus enthält mehrfache Unrichtigkeiten. So kann ebensowenig von einer „Interpellation“ des Herrn Bey die Rede sein wie davon, daß der Redner vor „etwaigen Lohndifferenzen, welche im Gewerkeverein der Porzellaner unausbleiblich sein würden“, gesprochen hat. Jedoch auch weitere Unrichtigkeiten enthält das Protokoll bezw. Antrag Siggelkow hinsichtlich der Stellung unseres Vorstandes zum Verbands, und zur Berichtigung dieser ist der Redaktion des „Gewerkeverein“ am Montag, den 1. Juni, folgendes Schreiben zu gestellt worden:

Charlottenburg, den 1. Juni 1891.

An die Redaktion des „Gewerkeverein“

Berlin.

Das Protokoll der 10. Zentralrathssitzung in Nr. 21 des „Gewerkeverein“ enthält in dem Antrage Siggelkow zwei mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehende Behauptungen, die wir durch Veröffentlichung nachstehender Zeilen in nächster Nr. des „Gewerkeverein“ richtig zu stellen bitten.

Wenn Hr. Siggelkow in seinem Antrage zunächst sagt, daß in einem „Artikel“ der „Umke“ vom 1. Mai d. J. „mit Einverständnis des Vorstandes, also auch des Hrn. Bey, darüber eine Mitgliederabstimmung stattfindet, ob der Gewerkeverein der Porzellanarbeiter aus dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine austreten soll“, . . . , so bemerken wir demgegenüber, daß eine „Mitgliederabstimmung“ über den in Rede stehenden Punkt weder geplant noch im Gange ist, was bei aufmerksamem Lesen des betreffenden „Artikels“ auch ohne weiteres herauszufinden gewesen wäre. — In das etwaige Einverständnis des Vorstandes ohne Weiteres auch das des Hrn. Bey in der an Angelegenheit bedingt, wie in dem Antrage durch die Worte „also auch des Hrn. Bey“ ausgedrückt wird, dürfte wohl — wenn auch für Hr. S. vielleicht selbst ersichtlich — dennoch nicht so ganz zweifellos sein. Wir haben jedoch nicht die Absicht, darüber des Vorgehen zu streiten.

Dagegen müssen wir außer dem oben berichtigten Punkte noch die Behauptung des Antrages Siggelkow als unrichtig bezeichnen, wonach „der Vorstand sogar den Austritt (aus dem Verbands) empfiehlt“. Ohne uns wegen des in diesen Worten liegenden, gegen den Gesamtverband gerichteten Vorwurfs der „Verbandsfeindschaft“ besonders zu erregen, müssen wir denselben, den Thatfachen entsprechend, noch dahin berichtigen, daß selbst das unterzeichnete Verbands, und während der bei uns in der letzten Versammlung über die Verschmelzung der bestehenden Gewerkevereine mit unserem Gewerkeverein, der Austritt aus dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine noch nicht „empfohlen“ wurde, wenn auch über die Frage selbst innerhalb des Verbands Verhandlungen stattgefunden haben, wie Hr. Siggelkow wohl zu sehen, in der „Schlußfolgerung“ veranlaßt haben wird.

Somit ist zu erörtern, daß diejenige Stelle im Antrage Siggelkow, die von „etwaigen Lohndifferenzen, welche im Gewerkeverein der Porzellaner unausbleiblich sein würden“, spricht, eine durchaus falsche Annahme der Worte des Hrn. Bey in der 10. Zentralrathssitzung, nach Hr. Bey's eigenem Zeugnis, darstellt.

Um so näher liegt es, wenn wir die ganze Sache berühren, wir nicht auch auf die Unrichtigkeit des in dem Antrage Siggelkow enthaltenen Satzes hinzuweisen, daß der Zentralrath, wenn er auch die Unterstützung nicht verweigern würde, diese aber mit ähnlichen Motiven begleiten könnte.“

Med. Dr. M. M. M.

„Nach einer durch die Tagespresse gehenden Notiz wurde am letzten Freitag eine **Demonstration der Gewerksvereine**, geführt vom Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch, vom Minister v. Boetticher empfangen. Hr. Dr. Hirsch gab Namens der 65 000 Verbandsmitglieder und ihrer Familien die Erklärung ab, daß die durch die Zölle außerordentlich erhöhte Theuerung der Lebensmittel bereits als schwerer Nothstand auf die Arbeiter drücke und deshalb schleunige und wirkliche Abhilfe durch Suspension der Getreidezölle erforderlich sei. Der Minister erkannte das Vorhandensein der schlimmen Verhältnisse für die Konsumenten an, betrachtete es aber als zweifelhaft, daß durch die so tief einschneidende Zollsuspension die Getreide- und Brotpreise wirklich sinken würden. Sachverständige, selbst ein Freihändler, hätten ihm gegenüber ein Steigen der Getreidepreise in Rußland und auf dem Weltmarkt als Folge einer solchen Maßregel bezeichnet. Die verbündeten Regierungen beschäftigten sich aufs Ernsteste mit der Frage und würden trotz entgegenstehender sehr erheblicher Interessen die Zollsuspension beantragen, wenn sie von dem wirklichen Nutzen für die Konsumenten überzeugt seien. Nachdem die Herren Eiggelkow (Fischer) und Schumacher (Schlosser), sowie der Verbandsanwalt wiederholt ihre Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der schleunigsten Zollsuspension im Interesse vieler Millionen ausgesprochen hatten, endete die etwa 1/4 stündige Unterredung mit der erneuten Versicherung des Ministers, daß die Regierungen in der Sache thun würden, was nach ihrer Ueberzeugung dem Nothstande gegenüber erforderlich sei. — Daß dieses Antichambrieren, gegen welches die Vertreter unseres Gewerksvereins sich in der betreffenden, die Zoll- und Lebensmittelfrage behandelnden Gewerksvereinsversammlung sofort erklärt hatten, nichts genutzt hat, beweisen die inzwischen eingetretenen Verhältnisse. Die Leser werden bereits darüber unterrichtet sein, daß der Reichskanzler Hr. von Caprivi am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus die ausdrückliche Erklärung abgab, es liege nicht in der Absicht der Regierung, die Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrathe in Anregung zu bringen! Diesem, sowie überhaupt dem bisherigen Verhalten der Regierung in den Zoll- und Steuerfragen gegenüber erschienen Proteste der Arbeiterbevölkerung angebracht, nicht Bitten, Proteste und Protestversammlungen, wie sie auch jetzt in unserer Ansicht nach richtiger Weise, wenn auch etwas spät, der sozialdemokratische Parteivorstand vorschlägt! Das ist die einfach zutreffende Form der Meinungsäußerung, insbesondere der Arbeiter.

„Der „Vorwärts“ vom 3. Juni bringt einen längeren Bericht über die **Konferenz der Porzellanmaler zu Berlin**. Wir kommen in nächster Nummer auf den Bericht zurück.

„Zum **Streik der Omnibusbediensteten in Paris** wird gemeldet, daß in Folge des Einschreitens des Ministers Constans die Omnibusgesellschaft in allen Punkten nachgegeben habe. In einer am Dienstag stattgehabten Nachversammlung wurde in dem Cabinet des Gemeinderaths ein Einvernehmen unterzeichnet zwischen den Direktoren der Omnibusgesellschaft und dem Syndikat der Angestellten, und zwar auf der Grundlage der Wiederanstellung der entlassenen Beamten und der Anerkennung des vom Syndikat geforderten zwölfstündigen Arbeitstages. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die ganze Presse und die ganze Bevölkerung stand auf Seite der Streikenden, so daß der Direction nichts übrig blieb als nachzugeben. Die 6—7000 Angestellten hatten nominell täglich 5 Fr. Lohn, der aber durch Abzüge, Steuern u. s. w. bis auf 2,75 Fr. herunterging. Die Arbeitszeit dehnte sich auf 14 bis 18 Stunden aus. Ruhetage gab es nur 2 im Monat, und diese wurden vom Lohne gestrichen. — Die Verhältnisse der Fahrbediensteten dürften in Berlin und andern großen Städten kaum besser sein, als sie es in Paris waren, ehe sich die Leute zum Widerstand anstellten.

„Der **Ausstand in Belgien** ist bis auf Charleroi überall zu Ende. Die Hüttenarbeiter im lehgenannten Kohlengebiete kehrten zur Arbeit zurück, die Bergarbeiter aber, 25 000 Mann, führen den Streik um den Achtstundentag und Lohnerhöhung fort. — Aus Wien, 1. Juni, wird gemeldet: Der **Druckerstreik** dürfte in dieser Woche beendet werden. Eine gemischte Kommission von Prinzipalen und Gehilfen ist zusammengetreten. Die Herabsetzung der Arbeitszeit soll ausgearbeitet werden, die Aufhebung des Kündigungsfrist dagegen nicht.

„Nach einer **Reichstagsdebatte** (III. Strafsenat) vom 22. 91 ist die öffentliche vor einer Menschenmenge geschehene Aufforderung an streikende Arbeiter, den unter Verletzung der Kündigungsfrist begangenen Ausstand fortzusetzen, als eine Aufforderung zu förmlichem Ungehorsam gegen das Gesetz im Sinne des § 140 des Strafgesetzbuchs ebenfalls dann nicht zu bestrafen, wenn diese Aufforderung nicht durch die Verlegung der öffentlichen Sicherheit (vielleicht durch die Verlegung der öffentlichen Sicherheit) vom Tage des Beginns des Ausstandes oder durch die Verlegung der öffentlichen Sicherheit durch die Verlegung der öffentlichen Sicherheit an gerechtfertigt ist, erfolgt ist, oder wenn die Aufforderung geschehen ist, nachdem die Arbeiter in Folge der vertragsmäßigen Zusammenstellung, auch wenn es von ihnen nicht Gebrauch gemacht, als Arbeitsverhältnis gelöst haben.

„Der **Streik in Preußen**, der am 1. Juni in den Provinzen von Danzig und Bromberg ausbrach, hat sich in das Gebiet von Königsberg und Gumbinnen ausgedehnt. Die Streikenden in Königsberg haben die Eisenbahnlinien zwischen Königsberg und Gumbinnen gesperrt. Die Streikenden in Gumbinnen haben die Eisenbahnlinien zwischen Gumbinnen und Königsberg gesperrt. Die Streikenden in Königsberg haben die Eisenbahnlinien zwischen Königsberg und Gumbinnen gesperrt. Die Streikenden in Gumbinnen haben die Eisenbahnlinien zwischen Gumbinnen und Königsberg gesperrt.

gezeigt, daß sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter mit ausgesprochenen Abneigung entgegenstehen. In dem vorjährigen Kohlenarbeiterausstande fiel aus dem Munde eines der Arbeitgeber das schwerwiegende Wort: „Mit Arbeitern verhandle ich nicht“, und in den Verhandlungen des Reichstages ist manche Aeußerung gefallen, die wie ein Nachklang jenes Wortes erscheint. Es giebt Arbeitgeber, welche jeden Arbeiter, der an Koalitionen theilnimmt, sie wohl gar leitet, für einen Agitator oder gar einen wüsten Agitator erklären und jede Verbindung mit ihm zurückweisen. Und doch sollte man erkennen, daß Arbeiterkoalitionen, die zu geleitet werden — wie dies bei den englischen Gewerksvereinen der Fall ist — nicht zum Schaden, sondern zu aversichtlichem Nutzen gereichen, und daß solche gut geleitete Koalitionen erst das Produkt einer langen Erziehung sein können, und daß Derjenige, welcher eine solche Erziehung ermöglichen will, mit den Fehlern der Lehrgänge Rücksicht haben muß.“

Vermischtes.

— **Villeroy u. Söhne**, die durch ihre Leistungen weitlich rühmlichst bekannte Fabrikfirma, feiert in diesem Jahre ihr 50jähriges Bestehen.

Keramische Nachrichten.

„Der **Verband keramischer Gewerke in Deutschland** hat am 29. und 30. Mai d. J. in Berlin seine 14. Hauptversammlung abgehalten. Von weiterem Interesse aus der Tagesordnung dürfte nur sein der Bericht über die Geschäftslage unserer Industrie.

Personal-Nachrichten.

Kassen-Bericht des Magdeburger Verbandes pro 1. Quartal 1891.			
Einnahme der Hauptkasse	Mt. 1566,02	Ausgabe der Hauptkasse	Mt. 532,77
„ „ Lokalkassen	1125,58	„ „ Lokalkassen	1045,28
Gesamt-Einnahme	Mt. 2691,60	Gesamt-Ausgabe	Mt. 1578,05
Bestand der Hauptkasse			Mt. 5683,29
„ „ Lokalkassen			6648,90
Bestand in Summa			Mt. 12332,19
Extra-Unterstützungsfond.			
Bestand am 1./1. 1891			Mt. 741,92
Ausgabe			229,90
Summa			Mt. 512,02
Ueberschuss			263,15
Bestand am 1./4. 1891			Mt. 780,28
Gesamtermögen			13112,47 Mt.

Revidirt und Kasse und Bücher in voller Uebereinstimmung vorgefunden.
Die Revisoren:
E. Rebitz. R. Wagnere.
Magdeburg-Neustadt, den 28. Mai 1891.
Der geschäftsführende Ausschuss:
E. Sachsch. B. Hellmigt. A. Wöhler.

Altwasser, den 30. Mai 1891. Der Vorort Altwasser ersucht die mit den Ausgleichsgeldern restituierenden Personale, sowie diejenigen Personale, welche noch Abonnementsgelder rückständig sind, dieselben bis spätestens 10. Juni nach hier einzusenden. Gleichzeitig bitten wir alle Absender um deren genaue Adressenangabe.

Mit kollegialischem Gruß
Der Vorort Altwasser.
Karl Florich, Karl Fischer, Julius Rüffer.
Verbds.-Vorst. Verbds.-Kass. Verbds.-Schriftf.

Coburg, den 1. Juni 1891. Geehrteste Kollegen! Auf den in Nr. 16 der „Ameise“ enthaltenen Widerruf, welchen vier Mann des Formerpersonals zu Rechte bei Wallendorf unterzeichnet haben und nach welchem es scheint, als wenn ich den Auftrag in Nr. 12 der „Ameise“ betreffend den Anschluß an den Antrag Selb (Bahnhof) in meinem Interesse und ohne weiteres Wissen meiner Kollegen erlassen hätte, muß ich erwidern, daß ich obengenannten Auftrag nach vorhergegangener Besanathnehmung im Personal und dann erst im Auftrag des dortigen Vorgesetzten befördert habe. Ich bin der Ueberzeugung, daß die in Nr. 16 der „Ameise“ unterzeichneten vier Mann ebensoviel Kenntnis von dem Artikel in Nr. 12 gehabt haben, wie jeder andere Kollege betreffenden Personals, und ich vermaße um desto mehr, daß sich genannte Herren bloß eine besondere Gunst bei ihrem dortigen Prinzipal erwerben wollen, da genannte Prinzipale dem Gewerksverein in keiner Hinsicht geneigt sind. Ich erlaube in Folge dessen, daß ich in diesem Falle auf keine Weise zu beschuldigen bin und möchte bitten, derartige Beschuldigungen gegen mich zu unterlassen.
Hugo Pfeiffer.

Eisenberg, den 31. Mai 1891. Die geehrten Vorstände der Dreherpersonale sowie alle Kollegen werden freundlichst ersucht, den derzeitigen Aufenthalt des Porzellanmalers August Peschel aus Altmühl angegeben zu wollen.
Mit Gruß
Hr. Engel, Porzellanmaler,
Altmühl, 666.

Köln, den 31. 5. 1891. An Herrenkollegen! Ich habe heute 1. von Dr. Hermann Waldenburg 20 Mt., 2. vom Dreher-Personal 20 Mt. und 3. vom Porzellanmaler 20 Mt. erhalten und laßend aufpassen und um weitere Unterstützung freundlichst bitten. Da Fr. S. Reiser ab-

gereicht ist, so bitten wir, fernerhin die Gelder an Dreher Karl Wehler,
Schloßstr. 9, gütlich zu senden.
Mit kollegialstem Gruß
S. A.: Karl Wehler.

Vereins-Nachrichten.

§ Berlin. (Ortsverein der Porzellan- und Glasmaler.) Auszug aus dem Versammlungsprotokoll vom 25. Mai cr. Ausnahmeweise war an Stelle der ordentlichen Vorstandssitzung eine Mitgliederversammlung anberaumt worden, um vor der Abstimmung über die Vereinigung der drei Verbände die einzelnen Fragen näher zu erörtern und die Abstimmung selbst vollziehen zu können. Da der Verein grundsätzlich für die Vereinigung ist, so ergaben die gewünschten Aufklärungen, daß alle Fragen mit „Ja“ beantwortet werden konnten. — Außerdem wurden verschiedene Mittheilungen über die Verhältnisse in der Malerei der Exportfirma Alb. Wreschener & Co. (in Berlin, Köpenickerstr. 115) gemacht, aus welchen sich ergibt, daß die Verhältnisse daselbst für die Arbeiter durchaus ungenügend und mangelhaft sind. Es ist dies auch erklärlich, wenn die Firma, ohne selbst das Porzellan zu produzieren, und dazu noch in Berlin, die Waaren augenscheinlich so billig dekorieren lassen will, um auf dem Weltmarkte mit anderen Firmen, welche doch immerhin Vorprung haben, konkurrieren zu können! — Von den billigen Artikeln müssen daher stets ganze Massen angefertigt werden und sind einzelne Artikel so gering bezahlt, daß es kaum glaubhaft ist. Mädchen müssen da einspringen, wo die Maler nicht mehr können. Drei Mädchen sind beschäftigt; dieselben kolorieren die Drucke und erhalten z. B. für 1 Dk. Tassen 10 Pf., Teller 10 Pf. Auch müssen die Maler Gold und Farbe zugeben. (Dies ist sonst hier am Orte nicht der Fall.) Da ist es auch erklärlich, daß in einem Falle der Verdienst für 3 Wochen 24 Mk. ausmachte. Ob hiervon noch Gold und Farbe abgeht, ist nicht gesagt. Der Chef der Firma muß überhaupt eine eigene Ansicht haben über diejenigen Ansprüche, die ein Mensch, und ein Maler ist doch wohl auch noch ein Mensch, an das Leben machen kann und soll. In dem betreffenden Geschäft befindet sich ein Maler, Clausnitzer, in einer Vertrauensstellung; derselbe hat sich in „billigen“ Löhnen ein ganz besonderes Verdienst erworben. Geht ein Maler ab, so wird derselbe und seine Arbeit abfällig beurtheilt, was allerdings sehr leicht ist. Hr. Clausnitzer will sogar die ganzen Berliner Malereien todt machen, trotzdem dieselben doch auch was Erledliches in „Billigkeit“ leisten. — Mit Rücksicht darauf, daß die Firma mehrfach im „Sprechsaal“ Maler sucht, beschloß die Versammlung die Veröffentlichung dieser Beschwerden, damit die Kollegen von außerhalb beim Eingehen von Engagements gewisse Vorichtsmaßregeln ergreifen können.

Nachdem noch ein kurzer Bericht über die zu Pfingsten stattgehabte Delegirtenversammlung in Berlin erstattet worden, trat der Schluß der Versammlung ein.

Der stellvertretende Schriftführer.

§ Bonn-Poppelsdorf. In der gut besuchten außerordentlichen Ortsversammlung vom 20. Mai d. J. war auch der Hauptkassirer Hr. Bey anwesend, um zunächst die Wahl eines Kassirers an Stelle des aus dem Gewerbeverein ausgeschiedenen Hrn. Weiland zu veranlassen, und gleichzeitig aber auch mit den Mitgliedern des Ortsvereins die mangelhafte Art der Verwaltung und deren Abhilfe zu besprechen. Mit einem kurzen Rückblick auf die seit Jahresfrist in Bonn stattgehabten Vorwände und die nicht sehr erfreulichen hiesigen Vereinsverhältnisse erläuterte Hr. Bey in eingehender Weise die Befugnisse und die Pflichten des Ortsvereins-Ausschusses, sowie auch die Pflichten der Mitglieder, von deren gewissenhafter Erfüllung allein ein gedeihliches Vereinsleben zu erwarten sei. Die Pflichten der Mitglieder ständen mit denen des Ausschusses in gewisser Wechselwirkung, sobald die Mitglieder ihre Pflicht nicht in allen Beziehungen erfüllen, könne man vom Ausschusse nicht eine erspriechliche Thätigkeit erwarten und es treten dann solche traurige Erscheinungen wie hier zu Tage. Es sei daher zu erwägen, ob die Mitglieder noch die erforderliche Energie zu besserer Pflichterfüllung wie bisher besitzen und ob geeignete Kräfte zur Verwaltung und zur Weiterführung des Ortsvereins vorhanden wären, andernfalls die Auflösung des Ortsvereins erfolgen müsse. Beide von Hrn. Bey aufgestellte Vorbedingungen wurden von der Versammlung bejaht. Demzufolge fand nach einiger Diskussion die Wahl des Kassirers statt, welche auf Hrn. Stehler fiel. An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Vorsitzenden wurde Hr. Rossmann, und zum Beisitzer Hr. Linden gewählt. Zum Revisor wurde Hr. Arnd bestimmt. Das Versammlungslokal soll nach Bonn verlegt werden, weil dort die Mehrzahl der Mitglieder wohnt und in Poppelsdorf jede Aussicht auf Zuführung neuer Mitglieder in absehbarer Zeit geschwunden ist. — Zum Schluß gab Hr. Bey noch einen Bericht über die Verschmelzungsfrage, wobei allseitig der Wunsch auf baldiges Zustandekommen der Gesamtvereinigung ausgesprochen wurde.

H. Hoppe, Schriftführer.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

1) In den Gewerbeverein und die Kranken- und Begräbniskasse:

Neuleinungen: 23. 5. 91. R. Weip.

2) In den Gewerbeverein und die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Ragbille: 18. 4. C. Wachenuth; Neuleinungen: 23. 5. R. Grimm.

3) In die Kranken- und Begräbniskasse:

Ragbille: 18. 4. C. Gümme; Siedorf: 16. 5. D. Walther; Altwasser: 30. 5. D. Hoppe, R. Dinter; Thale: 31. 5. H. Möbbeling.

4) In die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Begegnung: 23. 5. C. Rastner, S. Rebenich; Farge: 30. 5. D. Castens, H. Schröder.

5) In den Gewerbeverein (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Elsberg: C. Schiele, C. Dimer, E. Möller, C. Rast, R. Klein, R. Hellmann, S. Wiegand; Helsenberg: B. Scherbach, G. Witten; Groß-

breitenbach: C. Hoffmann, C. Fischer; Selb: W. Apel, M. Jollitsch; Rast: W. Rech, H. Wiegert.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerbeverein und Kranken- und Begräbniskasse:

Arzberg: C. Grötsch; Neuhaldensleben: S. Nagel; Charlottenburg: S. Wittmer; Kolmar: C. Wehler, C. Grumm, W. Hauptstein, R. Zander, C. Herrmann, S. Zeiske, H. Prüfer (sämmtl. auf Reisen); Sudau: S. Just (gestorben).

2) Aus Gewerbeverein und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Bosfen: W. Hinz.

3) Aus der Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Altwasser: R. Dinter.

4) Aus der Kranken- und Begräbniskasse:

Farge: D. Castens, H. Schröder.

5) Aus dem Gewerbeverein:

Rast: S. Krüffinger, A. Reiter u. A. Stangler (Reisen); Arzberg: Chr. Köppler, G. Frank, G. Purader, S. Barth, Chr. Hadler, H. Müller; Siedorf: D. Rapp; Wittenberg: E. Richter; Neuselbach: C. Nag, R. Beyer; Schreiberhau: Ph. Gottstein, C. Kent; Kolmar: A. Seffemann, C. Steffan (Reisen).

A. Münchow,
Vorsitzender.

Der Vorstand.
Georg Fenz,
Hauptgeschäftsführer.

S. Bey,
Hauptkassirer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rücklande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* Moabit. Vorstandssitzung des Gewerbevereins und der Krankenkassen am Freitag, den 12. Juni. Abends 8 1/2 Uhr, bei Grunert, Lübeckstr. 2.

Das Bureau.

Ortsversammlungen:

a) am Sonnabend, den 6. Juni: Groh-Begegnung: Nachm. 5 Uhr, im Gasthause des Hrn. Schleef, L.-D. daselbst. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. — Oberhausen: Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. L.-D. wird vorher bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. — Petersdorf: Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. — Sorau: Abds. 7 Uhr, im Vereinslokal. — Geschäftliches, 2. Vortrag über „Die Heilweise Dr. Kochs und die Arbeiter“, 3. Anträge und Beschwerden. — Tiefenfurt: Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. Die Mitglieder werden ersucht, wegen wichtiger Besprechungen recht zahlreich zu erscheinen.

b) am Sonntag, den 7. Juni: Frankfurt II: im Franziskaner, Lädenstr. 14.

c) am Montag, den 8. Juni: Berlin II: Abds. 8 Uhr, Schultheiß Brauerei-Ausschnitt, Neue Jakobstr. 25, Eingang Schmidtstr. — Rehau: Abds. 7 Uhr, im Vereinslokal. L.-D. daselbst.

d) am Sonntag, den 14. Juni: Abds. 8 Uhr, im Hotel „goldenes Kreuz“, L.-D. daselbst.

* Charlottenburg. Ortsverbands-Versammlung am Sonnabend, den 6. Juni, Abds. 8 Uhr, im Restaurant Pohl, Berlinerstr. 86. 1. Vortrag über „Gewerbliches Schiedsgericht“, Referent: Reichstagsabgeordneter Hr. Böllmer. 2. Vierteljahres- u. Jahresbericht. 3. Verschiedenes. Der Vorstand des Ortsverbandes.

Max Knöfel, Ortsverbands-Sekretär.

* Hamburg. Ortsverbands-Versammlung von Hamburg und Umgegend am Sonntag, den 14. Juni, Nachm. 4 Uhr, in der Tonhalle, Langestraße, Altona. Hr. Dr. Waltenath aus Hamburg über „Stellung der Gewerbevereine zur Dauer der Arbeitszeit“.

Ferd. Reithmann, Kassirer.

* P o r s i c h t.

Da uns mehrfache Klagen über die Firma A. Wreschener, Berlin, Köpenickerstr. 115, zugegangen sind, empfehlen wir den auswärtigen Kollegen beim Eingehen von Engagements Vorsicht. Der Vorstand des unterzeichneten Ortsvereins ist zu näherer Auskunft über die Arbeitsverhältnisse gern bereit. Der Ortsverein der Porzellan- u. Glasmaler zu Berlin.

Interbekatel.

Sudau. Ferdinand Just (Beruf? Red.), geb. am 14. 9. 1823 zu Magdeburg, gest. am 29. 5. 1891 an chron. Lungenkatarrh. Beste Krankheitsdauer 21 Wochen; war Mitbegründer unseres Ortsvereins.

Anzeigen.

Güte mit Kontrollmarken

in allen Farben und Größen empfiehlt den Genossen zu billigen Preisen. Großbreitenbach 1. B.

* Arbeitsmarkt.

Ein Formengießer,

zugleich auch Abgießer auf Tafelgeschirre, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, baldigst Stellung. Gest. Offerten unter Nr. 1000 an die Red. d. Bl. erbeten.

Ein junger Porzellanmaler,

geb. in Sudau, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, baldigst Stellung. Offerten unter A. J. 24. 100 werden erbeten an die Exped. d. Bl.

Herausgegeben vom Vorstand des Gewerbevereins. — Verantwortlich für die Redaktion Georg Fenz.

Druck und Verlag von S. Kerkel, Berlin O., Lindenaustr. 22.